

Auszug aus dem Protokoll des Stadtrates von Zürich

19.03.2008

293.

Schriftliche Anfrage von Markus Schwyn und Susi Gut betreffend 1. Mai-Feier, Massnahmen gegen Krawalle

Am 16. Januar 2008 reichten Gemeinderat Markus Schwyn (PFZ) und Gemeinderätin Susi Gut (PFZ) folgende Schriftliche Anfrage GR Nr. 2008/36 ein:

Regelmässig am 1. Mai kommt es in der Innenstadt zu teils massiven Ausschreitungen und Sachbeschädigungen. Es sind immer die gleichen Kreise, welche zu diesen Demonstrationen aufrufen und diese auch zu verantworten haben.

Immer lauter wird die Forderung, dass der 1. Mai als Feiertag abgeschafft werden soll, damit die Krawalle vermieden werden können. Der Stadtrat hat sich jedoch gegen eine solche Abschaffung ausgesprochen.

In diesem Zusammenhang bitten wir um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welche konkreten Massnahmen zieht der Stadtrat in Betracht, um die Krawalle am 1. Mai zu verhindern?
2. Wie will der Stadtrat einen friedlichen 1. Mai garantieren, wenn er, wie im letzten Jahr, nicht konsequent gegen die Randalierer vorgeht?

Der Stadtrat beantwortet die Anfrage wie folgt:

Verschiedene Gespräche am Runden Tisch zur weiteren Durchführung des Umzugs, der Kundgebung und des Festes am 1. Mai mit allen beteiligten Parteien (Gewerkschaften, 1.-Mai-Komitee und Vertreterinnen und Vertreter der Stadt) haben klar gezeigt, dass alle Beteiligten daran interessiert sind, die weitgehend ritualisierten gewalttätigen Ausschreitungen am 1. Mai zu verhindern. Weiter besteht auch Einigkeit darüber, dass eine räumliche und zeitliche Trennung von Umzug/Kundgebung und Fest ein geeignetes Mittel zur Gewaltreduktion darstellt. Umzug, Kundgebung und Fest werden deshalb am 1. Mai 2008 zeitlich und räumlich getrennt voneinander stattfinden.

Der Stadtrat hält unmissverständlich fest und teilte dies den Organisierenden am 13. November 2007 auch mit, dass der 1. Mai 2008 ein festlicher und gewaltfreier Tag werden soll. Bewilligungen für Umzug, Kundgebung und Fest werden nur erteilt, wenn die entsprechenden Gesuche von einem überzeugenden Konzept zur Verhinderung von Gewalt und mit einer deutlichen Distanzierung von gewaltbereiten Gruppierungen begleitet werden, sodass den Bedürfnissen und Ansprüchen aus Parlament, Quartieren und Bevölkerung bestmöglich Rechnung getragen werden kann.

Für den polizeilichen Einsatz wird der Stadtrat einen an die aktuelle Situation angepassten Rahmenauftrag erlassen. Zudem ist der Grundsatz der Verhältnismässigkeit zu beachten.

Vor dem Stadtrat
der Stadtschreiber
Dr. André Kuy